

Ivo Bischoff

## Wo bitte geht es zur politischen Mitte?

*Politiker und Wahlstrategen messen der politischen Mitte eine zentrale Bedeutung bei. Durch welche Charakteristika wird diese so genannte (neue) Mitte bestimmt? Welche Politik können wir von diesem Wettkampf um die politische Mitte am Ende erwarten?*

Der Wandel der Sozialstruktur in Deutschland hat die Bindung großer Wählermassen an die beiden großen Volksparteien in Deutschland in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich reduziert. Für die SPD wirkt sich vor allem der rückläufige Anteil von Arbeitern an den Erwerbstätigen, für die CDU/CSU die sinkende konfessionelle Bindung der Wähler negativ auf die Zahl der Stammwähler aus<sup>1</sup>. Der langsame Wertewandel sowie die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft senken die Zahl der Stammwähler aller Parteien weiter. Schließlich hat der Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa vor allem der CDU/CSU das identitätsstiftende Feindbild des Kommunismus geraubt, mit dem sie über Jahrzehnte viele Wähler an sich binden konnte<sup>2</sup>.

Diese Entwicklungen haben zur Folge, dass eine Wahlkampfstrategie, die einseitig auf Lagerzugehörigkeit und ideologische Polarisierung setzt, zunehmend weniger Wähler anspricht. Auf der Suche nach einer neuen Strategie wurde der Begriff der politischen Mitte, später auch der neuen Mitte geprägt<sup>3</sup>. Der offensive Gebrauch des Begriffs der politischen Mitte begann mit dem Wahlkampf von Tony Blair und New Labour in Großbritannien im Jahr 1997. Nach deren Wahlsieg kam die neue Mitte durch das so genannte Blair/Schröder-Papier nach Deutschland und prägte hier die Wahlkampfstrategie der SPD. Gerhard Schröder personifizierte diese neue Ausrichtung sehr klar und auch der Wahlslogan „Wir wollen nicht alles anders aber vieles besser machen“ signalisiert die Abkehr vom ideologisch geprägten Wahlkampf. Begünstigt vor allem durch die generelle Kohl-Müdigkeit der Bevölkerung führte die Ausrichtung auf die politische Mitte, links flankiert durch die Person von Oskar Lafontaine, zum Wahlerfolg der SPD in 1998<sup>4</sup>. Die CDU, welche mit ihrer Rote-Socken-Kampagne die Abkehr vom Lagerwahlkampf noch nicht vollzogen hatte, musste eine Niederlage hinnehmen.

Im Wahljahr 2002 präsentieren sich Gerhard Schröder wie auch sein Herausforderer Edmund Stoiber als undogmatische Macher. In ihrem Gefolge vermeiden die anderen Parteien im Bundestagswahlkampf ebenfalls die alten, ideologisch motivierten Formulierungen. Die Wahlkampfstrategien zielen nicht mehr primär auf die ideologisch stark an die Parteien gebundenen Stammwähler ab. Vielmehr haben die Parteien die politische Mitte zur Zielgruppe erklärt.

Offen bleibt jedoch, wodurch die Wähler der neuen Mitte gekennzeichnet sind. Vester u.a. zufolge gehören ihr vor allem gut ausgebildete, beruflich flexible und erfolgreiche bzw. erfolgsorientierte Wähler an<sup>5</sup>. Damit besiedelt die so definierte politische Mitte die mittleren Klassen in der Einkommensverteilung<sup>6</sup>. Vester u.a. rechnen ca. 30% aller Wähler der neuen Mitte zu. Allgemein anerkannt ist zudem, dass sie im Durchschnitt jünger sind als die Wählerschaft insgesamt<sup>7</sup>. Ein besonderes Interesse an Politik wird nicht als Charakteristikum genannt. Gemeinsames Merkmal der Wähler der politischen Mitte ist aber, dass sie aufgrund einer vielseitigen Sozialisation nur über

<sup>1</sup> Vgl. z.B. O. Niedermayer: Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems?, in: O. Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 9-36.

<sup>2</sup> Vgl. W. Bürklin: Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der Politischen Kultur, in: W. Bürklin, D. Roth (Hrsg.): Das Superwahljahr, Köln 1994, S. 27-53; J. Schmid: Die CDU/CSU nach dem September 1998: Von der Wende zum Ende?, in: O. Niedermayer (Hrsg.), a.a.O., S. 63-82.

<sup>3</sup> Vgl. u.a. B. Guggenberger, K. Hansen (Hrsg.): Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993.

<sup>4</sup> Vgl. U. von Alemann: Der Wahlsieg der SPD von 1998: Achsenverschiebung oder glücklicher Ausreißer, in: O. Niedermayer (Hrsg.), a.a.O., S. 37-62.

<sup>5</sup> Vgl. M. Vester u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel zwischen Integration und Ausgrenzung, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 2001.

<sup>6</sup> Interessanterweise werden die Wähler in Ostdeutschland nicht explizit zur Mitte gezählt, obwohl sie in den vergangenen Wahlen eine besonders geringe Parteibindung gezeigt haben, vgl. P. Gluckowski, U. von Wilamowitz-Moellendorf: Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): Parteidemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 179-208.

<sup>7</sup> Vgl. W. Bürklin, a.a.O.

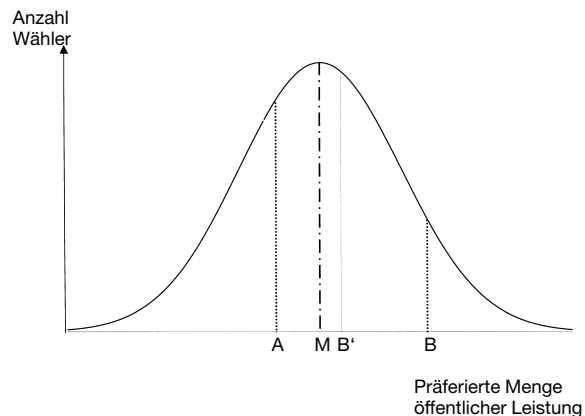
*Dr. Ivo Bischoff, 31, ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für öffentliche Finanzen der Justus-Liebig-Universität Gießen.*

eine geringe Ideologie- und Parteibindung verfügen. Angesichts dieser sehr groben und wenig operationalen Charakterisierung der Wähler der politischen Mitte stellt sich die Frage, was wir von einer Politik der Mitte erwarten können.

### Der Medianwähleransatz

Eine scheinbar einfache Antwort auf diese Frage bietet das so genannte Medianwählermodell von Anthony Downs (1957)<sup>8</sup>. Darin konkurrieren zwei Parteien um die Mehrheit der Wählerstimmen. In dem ursprünglichen Modell ist die einzige Frage, über die politisch entschieden wird, die nach dem Umfang der Leistungen, welche der Staat in der nächsten Legislaturperiode bereitstellen soll. Die Wähler haben unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Menge staatlicher Leistungen und die Parteien besitzen ideologisch geprägte Vorstellungen davon, welches die richtige Menge ist. Die Präferenzverteilung der Wähler sowie die Idealpositionen der Parteien können auf einer eindimensionalen Skala abgetragen werden (siehe Abbildung). Derjenige Wähler, der genau die mittlere Menge  $M$  öffentlicher Leistungen wünscht, ist der so genannte Medianwähler. Er hat exakt so viele Wähler links von sich, die eine geringere Menge öffentlicher Leistungen verlangen, wie er Wähler rechts von sich hat, die eine höhere Menge fordern. Somit repräsentiert er die politische Mitte. Im Ausgangspunkt des Wahlkampfes liegt Partei A links des Medianwählers und würde gerne öffentliche Leistungen in Höhe von  $A$  anbieten, Partei B hingegen liegt rechts des Medianwählers und wünscht mit  $B$  eine höhere Menge öffentlicher Güter.

Nach Downs (1957) werden in dieser Ausgangssituation alle Wähler, die  $A$  oder weniger öffentliche Leistungen verlangen, für Partei A votieren, während alle Wähler rechts von  $B$  für Partei B votieren würden. Die Wähler zwischen  $A$  und  $B$  werden für diejenige Partei votieren, deren Position näher an der eigenen liegt. Da die Position  $A$  wesentlich näher an der Mitte des Präferenzspektrums liegt als Position  $B$ , vereinigt Partei A mehr Stimmen auf sich als Partei B. Um die drohende Wahlniederlage abzuwenden, muss Partei B ihre ursprüngliche Position aufgeben und sich auf die der Partei A und damit zugleich auf die politische Mitte zu bewegen. Wenn sie die Position  $B'$  wählt, kann sie eine beträchtliche Anzahl von Stimmen dazugewinnen, indem sie der Partei A Wähler in der Mitte der politischen Skala abjagt. Um dies zu verhindern, wird Partei A ihrerseits programmatisch näher an den Medianwähler heranrücken. Der Prozess der Annäherung an die Mitte erreicht in dem Modell von Downs



erst dann sein Ende, wenn beide Parteien genau die Position des Medianwählers einnehmen. Beide Parteien werden am Ende des Wahlkampfes also ein Programm anbieten, das genau den Präferenzen des Medianwählers entspricht. Somit ist die Anziehungskraft der politischen Mitte vollkommen. Unabhängig vom Wahlausgang kann man eine gemessen an der Spannweite des Präferenzspektrums der Wähler mittlere Menge öffentlicher Leistungen erwarten.

Neuere wissenschaftliche Ansätze ziehen den Medianwähleransatz heran, um das Ausmaß staatlicher Umverteilungspolitik zu erklären<sup>9</sup>. Ausgangspunkt dieser Analysen ist die Beobachtung einer linkssteilen Einkommensverteilung, bei der der Medianwähler weniger als das Durchschnittseinkommen erwirtschaftet. Wenn nun der Staat die überdurchschnittlichen Einkommen durch Transferzahlungen aufzustocken, dann ist der Medianwähler in jedem Fall Begünstigter einer solchen Umverteilungspolitik. Daher wird er eine vollständige Angleichung der Einkommen präferieren. Die Parteien sind gezwungen, dieses in ihren Wahlprogrammen zu versprechen, wenn sie die Wahl gewinnen wollen.

In der Realität ist allerdings bei weitem keine vollständige Angleichung der Einkommen zu beobachten. Dies kann zunächst damit erklärt werden, dass eine zu hohe Grenzbelastung hoher Einkommen negative Auswirkungen auf deren Leistungsbereitschaft hat. Das wiederum birgt die Gefahr einer Abwanderung von Leistungsträgern und damit einer Senkung des Volkseinkommens. Eine solche Entwicklung würde auch dem Medianwähler schaden. Zum zweiten ist eine denkbare Erklärung in der niedrigen Wahlbeteili-

<sup>8</sup> Vgl. A. Downs: An economic theory of democracy, New York 1957; P. Bernholz, F. Breyer: Grundlagen der Politischen Ökonomie, Band 2: Ökonomische Theorie der Politik, 2. Auflage, Tübingen 1994, S. 98 ff.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. F. Breyer, H. W. Ursprung: Are the rich too rich to be expropriated? Economic power and the feasibility of constitutional limits to redistribution, in: Public Choice, 94 (1998), S. 135-156; J. E. Roemer: Why the poor do not expropriate the rich: an old argument in new garb, in: Journal of Public Economics, 70 (1998), S. 393-424.

gung bzw. dem schlechten Informationsstand unterer Einkommensklassen zu sehen. Dies verschiebt den relevanten, weil reagiblen Medianwähler näher an das Durchschnittseinkommen und senkt somit die Zustimmung der politischen Mitte für eine starke Einkommensumverteilung. Schließlich wird die Vermutung genannt, dass die begrenzte Umverteilungspolitik in den Wahlprogrammen der Parteien darauf zurückzuführen ist, dass Verteilungspolitik nicht der einzige Gegenstand der politischen Entscheidungsfindungsprozesse ist<sup>10</sup>.

Trotz dieser Grenzen führt der Wettbewerb der Parteien in der Logik des Medianwähleransatzes insgesamt dazu, dass diese von ihren ideologisch motivierten Positionen abrücken und sich aufeinander zu bewegen. Damit werden ideologische und dogmatische Positionen zugunsten eines pragmatischen Politikansatzes verdrängt. Die politischen Entscheidungen liegen sehr nah an den Idealvorstellungen der breiten Masse von Wählern in der Mitte des Spektrums. Zugleich verstoßen die Lösungen keine der radikalen Wählergruppen dadurch, dass sie sich an der gegenüberliegenden Radikalvorstellung orientieren. Aufgrund dieser Wirkungen wird die Politik der Mitte nach Ansicht verschiedener Autoren zu einer Klammer des Konsenses, die wesentliche Teile der Gesellschaft inklusive der stärker ideologisch geprägten Wähler am Rande des Spektrums zusammenhält<sup>11</sup>.

### **Bewegungsmuster in ausgewählten Politikfeldern**

Zwingt also die sinkende Parteienbindung der Wähler die Parteien, sich in ihren politischen Entscheidungen stärker an dem gesellschaftlichen Konsens breiter Massen zu orientieren? Dieses Urteil lässt sich nur aufrechterhalten, solange der politische Raum sehr grobkörnig in die Dimensionen der Ideologie, des Ausmaßes staatlicher Leistungen sowie der Umverteilungspolitik unterteilt wird. Fragt man hingegen etwas genauer nach der Zusammensetzung der staatlichen Leistungen oder nach den Belasteten und Begünstigten staatlicher Verteilungspolitik, so lässt sich in sehr vielen Politikfeldern keine Bewegung hin zu einer ausgleichenden mittleren Position erkennen<sup>12</sup>.

Dies kann an dem im aktuellen Bundestagswahlkampf zentralen Thema der Familienpolitik verdeutlicht werden. Bis Mitte der 1980er Jahre wurde diesem Po-

litikfeld vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Die wichtigsten Instrumente der Familienförderung waren die kostenlose Mitversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, das kostenlose Bildungsangebot, die Anrechnung von Schwangerschaftszeiten in der Gesetzlichen Rentenversicherung, ein Kindergeld von 50 DM pro Monat (für das erste Kind) und ein Kinderfreibetrag von weniger als 500 DM. Keine Partei stellte eine Ausweitung dieser Förderung in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes.

Seitdem das Bewusstsein für die Folgen des demographischen Wandels in Deutschland gestiegen ist und zudem das Bundesverfassungsgericht eine verbesserte Förderung von Familien angemahnt hat, gewann dieses Thema an Bedeutung. So wurde 1986 die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen und 1990 ein Erziehungsgeld eingeführt. 1996 wurde das duale System von Kindergeld und Freibetrag durch das bis heute gültige Optionsmodell ersetzt. Zugleich wurden das Kindergeld auf 200 DM pro Monat und der Freibetrag auf über 6000 DM angehoben. Auch wurde 1996 jedem Kind ab dem 4. Lebensjahr bis zur Einschulung ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeräumt. Nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 wurde die Förderung von Familien weiter verbessert, z.B. durch eine erneute Anhebung von Kindergeld und -freibetrag, eine Höherbewertung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung, die Ausweitung des Bezieherkreises von Erziehungsgeld sowie durch weitere Verbesserungen der Betreuungsangebote für Kinder<sup>13</sup>.

Im aktuellen Wahlkampf stellen alle Parteien noch weitere Verbesserungen in Aussicht. Ihrem traditionell-konservativen Familienbild folgend planen CDU/CSU ein Betreuungsgeld von bis zu € 600 für junge Eltern, welche die Betreuung ihrer noch nicht schulpflichtigen Kinder selbst übernehmen wollen. Ergänzend sind bessere Betreuungseinrichtungen geplant. Die anderen Parteien sehen Familienförderung vor allem als eine Politik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Dementsprechend setzen sie stärker auf außerfamiliäre Kinderbetreuung und planen umfangreiche Verbesserungen der öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Gleichwohl stellen auch sie eine weitere Verbesserung der finanziellen Situation der Familien durch eine er-

<sup>10</sup> Vgl. ebenda.

<sup>11</sup> Vgl. B. Guggenberger, K. Hansen, a.a.O.

<sup>12</sup> So wirkt z.B. die Pflegeversicherung differenzierend auf die personelle Einkommensverteilung und stellt so den Medianwähler schlechter. Vgl. U. Fachinger, H. Rothgang: Die Wirkungen des Pflege-Versicherungsgesetzes auf die personelle Einkommensverteilung, Zentrum für Sozialpolitik, Arbeitspapier Nr 6/95, Bremen 1995.

<sup>13</sup> Vgl. A. Rosenschon: Familienförderung in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1071, Kiel 2001; L. F. Neumann, K. Schaper: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998, S. 223 ff.; sowie zur aktuellen Debatte: Das Parlament Nr.17, 52. Jahrgang, S. 1, S. 13-17.

neute Kindergelderhöhung in Aussicht. Die aktuellen Programme setzen also den Prozess, in dem sich die Parteien auf dem Feld der Familienpolitik gegenseitig überbieten, weiter fort. Dieses Bewegungsmuster entspricht nicht dem Aufeinanderzubewegen der Parteien, wie vom Medianwähleransatz prognostiziert. Vielmehr kommt es zu einer Parallelbewegung aller Parteien in Richtung eines ausgeweiteten staatlichen Leistungsangebots.

Trägt man nun die Wähler nach ihren Präferenzen für Familienförderung auf einer eindimensionalen Skala ab, so ist nicht klar, ob der Medianwähler noch zu denjenigen Personen gehört, die von einer verbesserten Familienförderung merklich profitieren. Zwar ist denkbar, dass ein gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit der Förderung von Familien mit Kindern herrscht. Dies erklärt allerdings nicht, warum die Familienpolitik im aktuellen Wahlkampf eine weitaus bedeutendere Rolle spielt als in vorangegangenen Wahlkämpfen, in denen die politische Mitte (wie die Wählerschaft insgesamt) viel mehr Eltern beherbergte. Insbesondere in den 1960er Jahren hätte der damalige Medianwähler weit stärker von einer Anhebung des Kindergeldes oder einer Verbesserung der Betreuungsangebote für Kinder profitiert als der heutige. Gleichwohl haben die Parteien in den 1960er Jahren weniger Mittel für eine bessere Ausstattung von Familien ausgegeben und das Thema Familienförderung auch weniger stark im Wahlkampf betont als das heute der Fall ist.

### **Programmatische Parallelbewegungen der Parteien**

Vergleichbare Bewegungsmuster wiesen die Parteiprogramme der beiden großen Volksparteien in zwei zentralen politischen Debatten der letzten Jahrzehnte auf<sup>14</sup>. Dabei geht es zum einen um den Schutz der Umwelt. Zu Beginn der 1980er Jahre zeigte sich eindrucksvoll an der Entwicklung der Grünen, dass der Umweltschutz für eine steigende Anzahl von informierten Wählern eine große Bedeutung hatte<sup>15</sup>. Da die beiden großen Volksparteien zu dieser Zeit keine umweltfreundliche Position vertraten, haben auch solche Mitglieder dieser neuen Wählergruppe die Grünen gewählt, die ideologisch einer der beiden Volksparteien näher standen, etwa weil sie den radikalen Pazifismus

<sup>14</sup> Vgl. H.-D. Klingemann, A. Volkens: Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, in: O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss, a.a.O., S. 517-536.

<sup>15</sup> Vgl. F. U. Pappi: Neue soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: M. Kaase, H.-D. Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler, Wiesbaden 1990, S. 143-192.

oder die besondere Betonung der Gleichberechtigung bei den Grünen nicht befürworten. Um diese Wähler zurückzugewinnen, haben die beiden Volksparteien dem Umweltschutz in den Folgejahren eine deutlich höhere Priorität eingeräumt. Auch hier zeigt sich also eine programmatische Parallelbewegung aller Parteien zu einem verbesserten Umweltschutz.

Zu Beginn der 1990er Jahre bekam die Ausländer- und Asylpolitik einen besonderen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion. Dabei hat eine Gruppe von Wählern die Parteien vorwiegend danach beurteilt, wie stark diese den Zuzug von Ausländern nach Deutschland begrenzen. Da keine der etablierten Parteien, insbesondere der beiden Volksparteien, eine dezidiert restriktive Ausländer- und Einwanderungspolitik propagiert hat, konnten rechtsextreme Parteien durch Aufnahme dieser Forderung viele Wählerstimmen gewinnen. Traditionell wird diese Forderung dem rechten politischen Lager zugeordnet. Diese Zuordnung verstellt allerdings den Blick auf die Tatsache, dass neben traditionellen CDU-Wählern auch zahlreiche Anhänger der links anzusiedelnden SPD diese Forderung teilten. So bekamen die offen ausländerfeindlichen Parteien aus beiden Lagern Wählerstimmen<sup>16</sup>. Um diese Stimmen zurückzugewinnen, haben dann beide Parteien sowohl in ihrer Rhetorik als auch in ihrem Verhalten bei der Neuregelung des Asylrechts einen Schritt auf diese Gruppe von Wählern und damit auf den politischen Rand zu getan.

### **Die Wähler zwischen Ideologie und Partikularinteressen**

Die angeführten Beispiele zeigen, dass die Anwendung des Medianwählermodells zur Beschreibung des politischen Wettbewerbs zu Schlussfolgerungen führt, die sich in ihren Kernaussagen nicht mit dem empirischen Bild decken. Zum einen ist es in wichtigen Politikbereichen nicht der Medianwähler als Repräsentant der politischen Mitte, an dessen Situation die politischen Parteien ihre Wahlentscheidung ausrichten. Vielmehr richtet sie sich nach den Wünschen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die ein besonders hohes Gewicht auf dieses Politikfeld legen. Dieses Gruppe umfasst nicht selten weit weniger als die Hälfte aller Wähler. Es ist also eine Randposition im Spektrum des jeweiligen Politikfelds, auf die sich die Parteien zu bewegen. Zum zweiten zielen die programmatischen Angebotsveränderungen der ver-

<sup>16</sup> Vgl. D. Roth, H. Schäfer: Der Erfolg der Rechten. Denktzettel für die etablierten Parteien oder braune Wiedergeburt?, in: W. Bürklin, D. Roth (Hrsg.): Das Superwahljahr, Köln 1994, S. 111-131. Das zeigt auch die Analyse der Zusammensetzung der Wähler von Jean-Marie Le Pen sehr deutlich.

schiedenen Parteien in die selbe Richtung. Es kommt also zu Parallelbewegungen und nicht zu einem Aufeinanderzubewegen. Zur Erklärung dieser Beobachtungen muss ein grundsätzlich anderes, differenziertes Bild des politischen Entscheidungsprozesses gezeichnet werden<sup>17</sup>.

Das erste Charakteristikum des politischen Entscheidungsprozesses, dem ein entsprechendes Modell Rechnung tragen muss, ist die differenzierte Struktur der Wählerschaft. Dabei muss die Analyse berücksichtigen, dass Wähler ihre eigenen individuellen ideologischen Grundeinstellungen besitzen, die für ihre Wahlentscheidung von großer Bedeutung sind. Sie führen dazu, dass sich die Wähler einer bestimmten Partei näher fühlen und daher eine Prädisposition verspüren, für diese Partei zu stimmen. Für einige Wähler ist diese Parteibindung so stark, dass sie ungeachtet der Wahlprogramme sowie der Spitzenkandidaten immer für „ihre“ Partei stimmen. Für andere Wähler ist die Bindung weniger stark, so dass sie durchaus bereit sind, für eine andere Partei zu stimmen, wenn diese ihnen programmatisch mehr zu bieten hat oder wenn das Erscheinungsbild dieser Partei, vor allem bestimmt durch die Person des Spitzenkandidaten, ihnen besser zusagt<sup>18</sup>.

Auf der Ideologieskala repräsentieren diese Wähler die politische Mitte. Ihre steigende Anzahl erhöht die Notwendigkeit für eine Partei, sich um ein gutes Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit zu bemühen. Zunächst verlangt dies eine sehr hohe Medienpräsenz der Partei und ihres Kandidaten. Zudem bedeutet es, einen Spitzenkandidaten zu benennen, der „mediengängig“ ist und dem die Wähler eine möglichst hohe Sympathie entgegenbringen<sup>19</sup>. Diesem Ziel ist ein starkes ideologisches Profil des Kandidaten abträglich. Abgezeichnet auf der ideologischen Links-Rechts-Skala verlangt also die Politik der Mitte von allen Parteien, eine möglichst konsensfähige Position

zu erreichen<sup>20</sup>. Diese Entwicklung ist auch in der Realität zu beobachten<sup>21</sup>. Die vom Medianwählermodell abgeleitete Prognose trifft auf die ideologische Positionierung der Parteien zu.

### Zielgruppe der Wahlkampagnen

Zielgruppe der Wahlkampagnen sind vor allem diejenigen ideologisch nicht festgelegten Wähler, die nicht über die konkreten Programmpunkte der Parteien informiert sind, sondern lediglich ihre ideologische Grundausrichtung sowie die persönlichen Merkmale der Spitzenkandidaten kennen und zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung machen. Diese uninformierten Wähler sind sehr empfänglich für Wahlwerbung. Daneben beherbergt die Mitte der Ideologieskala auch eine Anzahl informierter Wähler. Dies haben zwar ebenfalls eine ideologische Grundposition, darüber hinaus kennen sie aber die Wahlprogramme der Parteien. Deshalb treffen sie ihre Wahlentscheidung aufgrund der oben genannten Aspekte sowie der Nutzen, die sie aus der Umsetzung der Wahlprogramme der Parteien erwarten. Um einen möglichst hohen Anteil an Stimmen unter diesen Wählern zu erkämpfen, reicht bloße Wahlwerbung nicht aus. Vielmehr müssen sich die Parteien programmatisch so ausrichten, dass sie für möglichst viele dieser Wähler die beste Alternative darstellen<sup>22</sup>.

Aufgrund der großen Vielfalt unterschiedlicher Lebenssituationen innerhalb der informierten politischen Mitte ist diese aber keinesfalls eine homogene Masse<sup>23</sup>. Vielmehr sind unterschiedliche Wähler von den gleichen politischen Programmen völlig unterschiedlich betroffen. Für nicht wenige Wähler wird der erwartete Nutzen aus den politischen Eingriffen des Staates vor allem von den Positionen der Parteien auf einem bestimmten, eng umgrenzten Politikfeld bestimmt. So werden z.B. junge Männer sich besonders für die Positionen der Parteien zur Zukunft der Wehrpflicht interessieren, während chronisch Kranke wie auch Apotheker und Ärzte ein besonderes Augenmerk auf die gesundheitspolitischen Pläne der Parteien werfen werden. Für junge Eltern ist wiederum die Familienpo-

<sup>17</sup> Vgl. im Folgenden I. Bischoff: *Interessenverbände in der Demokratie – Verursacher rückläufiger Wachstumsraten? Eine kritische Analyse entlang des Argumentationsstrangs von Mancur Olson*, Hamburg 2001.

<sup>18</sup> Vgl. z.B. P. J. Coughlin, D. C. Mueller, P. Murrell: *Electoral Politics, Interest Groups, and the Size of Government*, in: *Economic Inquiry*, 28 (1990), S. 682-705; sowie U. von Alemann, a.a.O.

<sup>19</sup> Vgl. G. Bentele: *Politische Öffentlichkeitsarbeit*, in: U. Sarcinelli (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Bonn 1998, S. 124-145.

<sup>20</sup> Die Tatsache, dass einige Rechtspopulisten dieser Logik nicht folgen und trotzdem beachtliche Stimmenanteile erzielen, widerspricht dieser Aussage nicht. Sie gilt nämlich nur für diejenigen unter ihnen, die keine realistische Aussicht auf die Führung der Regierung haben. Die anderen haben zur Erreichung derselben genau die dargestellte Bewegung in Richtung der ideologischen Mitte vollzogen (z.B. Silvio Berlusconi und in Teilen auch Jean-Marie Le Pen).

<sup>21</sup> Vgl. W. Bürklin, D. Roth: *Das Superwahljahr 1994. Deutschland am Ende einer Ära stabilen Wahlverhaltens*, in: W. Bürklin, D. Roth (Hrsg.): a.a.O., S. 9-26.

<sup>22</sup> Vgl. z.B. P. J. Coughlin, D. C. Mueller, P. Murrell, a.a.O.

<sup>23</sup> Vgl. J. Fijalkowski: *Wandlungen in der gesellschaftlichen Interessenstruktur*, in: R. Kleinfeld, W. Luthardt (Hrsg.): *Westliche Demokratien und Interessenvermittlung*, Marburg/Berlin 1993, S. 76-90; W. Bürklin: *Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung*, in: K. Starzacher, u.a. (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992, S. 18-39.

<sup>24</sup> Vgl. I. Bischoff, a.a.O., S. 127 ff.

litik von besonderer Wichtigkeit, während Landwirte vor allem die agrarpolitischen Positionen beachten werden.

### Die Rolle der „dominant-issue-voters“

Diejenigen dieser Wähler, die ihre Wahlentscheidung vorwiegend an den politischen Positionen zu diesem einen, sie betreffenden Politikfeld festmachen, werden als „dominant-issue-voters“ bezeichnet<sup>24</sup>. Wie obige Schilderungen bereits verdeutlicht haben, gibt es eine Vielzahl verschiedener Gruppen von „dominant-issue-voters“. Aufgrund der zentralen Rolle des dominant issues für ihre Lebenssituation werden die „dominant-issue-voters“ auch eine Politik präferieren, die ein besonders hohes Gewicht auf denselben legt. Damit befinden sie sich regelmäßig an dem einen oder anderen Ende des politischen Spektrums für das jeweilige Politikfeld. So fordern sie entweder einen Umfang staatlicher Leistungen, der deutlich über der mittleren geforderten Leistung und der Medianposition liegt. Auch Forderungen unterhalb der Medianposition sind denkbar. In diesem Fall erwarten die Wähler eine besonders starke Zurückhaltung des Staates in der Regulierung ihres Handlungsfeldes oder bei der Erhebung bestimmter Steuern.

Aufgrund von Unterschieden in ihrer ideologischen Grundposition werden nicht alle „dominant-issue-voters“ einer Gruppe dieselbe Partei wählen. Zugleich reagieren sie aber sehr sensibel auf die Bewegungen der Parteipositionen in ihrem jeweiligen Politikfeld. Je mehr eine Partei ihren Interessen dort entgegenkommt, umso mehr von ihnen werden für diese Partei votieren. Da „dominant-issue-voters“ informierte Wähler sind, ist ihnen natürlich klar, dass das Mehr an Leistungen, das sie fordern, durch erhöhte Steuereinnahmen oder Kürzungen anderer Leistungen finanziert werden muss, bzw. dass die unter Umständen geforderten Steuersenkungen zu Leistungskürzungen oder Steuererhöhungen an anderer Stelle führen. Trotz dieser negativen Nebenwirkungen führen Zugeständnisse seitens der Parteien bei den adressierten „dominant-issue-voters“ zu Nettonutzenzuwächsen und damit zu Stimmengewinnen. Deshalb haben alle Parteien einen Anreiz, sich den Extrempositionen dieser „dominant-issue-voters“ anzunähern.

### Das Beispiel Familienpolitik

Mit Hilfe dieser Argumentation lassen sich die oben dargestellten Bewegungsmuster der Parteien im

Wahlkampf besser erklären. Greift man das Beispiel der Familienpolitik heraus, so trifft man auf viele alleinerziehende Eltern oder Elternpaare, in denen beide Partner berufstätig sein müssen oder wollen. Diese Gruppe ist in den letzten Jahrzehnten bei rückläufigen Geburtenzahlen ständig größer geworden. Ihre Lebensumstände sind sehr stark von dem Betreuungsangebot für ihre Kinder in Kindergärten, Horten und Schulen geprägt. Viele von ihnen werden daher neben ihrer ideologischen Bindung an eine Partei vor allem diesen für sie dominant issue zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung machen<sup>25</sup>.

Aus diesem Grund können Parteien durch das Angebot einer Verbesserung der Betreuungseinrichtungen Stimmen in dieser Gruppe von „dominant-issue-voters“ gewinnen. Das gilt zunächst für die Partei, deren ideologisch motiviertes Idealprogramm von vornherein eine bessere Kinderbetreuung in Aussicht stellt. Sie kann durch eine weitere Verbesserung ihres Angebots auch noch einen Teil derjenigen „dominant-issue-voters“ für sich gewinnen, welche die Vorteilhaftigkeit ihres Programms erkannt haben, aber aufgrund einer Bindung an eine andere Partei letzterer bisher treu geblieben sind. Umgekehrt kann eine Partei, deren Idealprogramm ein spärliches Angebot an Betreuungseinrichtungen vorschlägt, durch Ausweitung dieses Programmpunktes Stimmen bei denjenigen Wählern gewinnen, die ihr ideologisch grundsätzlich zugeneigt sind, aber aus pragmatischen Gründen für eine Partei mit einem besseren Leistungsangebot stimmen wollen. In jedem Fall wird aber diejenige Partei, welche anders als ihre Konkurrenz keine Zugeständnisse im Bereich der Kinderbetreuung anbietet, Stimmeneinbußen in der Gruppe der Eltern junger Kinder hinnehmen müssen. Somit haben alle Parteien einen Anreiz, eine verbesserte Kinderbetreuung in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

### Die Rolle der Interessenverbände

Ein zweites Charakteristikum des politischen Entscheidungsprozesses ist die Einflussnahme von Interessenverbänden. Die Dachverbände der Wirtschaft sowie der Gewerkschaften nehmen für sich in Anspruch, die Interessen großer Bevölkerungsteile

<sup>24</sup> Vgl. I. Bischoff, a.a.O., S. 127 ff.; R. D. Congleton: Information, special interests, and single issue voting, in: Public Choice, 69 (1991), S. 39-49.

<sup>25</sup> Die politisch besonders aktiven Wirtschaftsverbände vertreten eine Klientel, die schwer in das politische Spektrum einzuordnen ist, weil es vorwiegend aus juristischen Personen besteht und somit kein Wahlrecht besitzt. Wegen ihrer Ausrichtung an spezialisierten Branchen verfolgen die einzelnen Wirtschaftsverbände aber allenfalls Partikularinteressen kleiner Bevölkerungsteile, vgl. M. Sebaldt: Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen, Opladen 1997, S. 76 ff.; J. Poters, R. Sloof: Interest groups: A survey of empirical models that try to assess their influence, in: European Journal of Political Economy, 12 (1996), S. 403-443.

zu vertreten. Der weitaus größte Anteil der Interessenverbände vertritt allerdings mehr oder weniger eng definierte Partikularinteressen<sup>26</sup>. Dieses Interesse teilen mitunter nur eine sehr begrenzte Anzahl von Menschen, so dass sie nicht die politische Mitte auf dem betreffenden Politikfeld repräsentieren. Und auch diejenigen Interessenverbände, die ein gesamtgesellschaftliches Interesse vertreten, wie etwa die Umweltverbände, rekrutieren ihre Mitglieder vor allem aus denjenigen Teilen der Gesellschaft, die dem Verbandsinteresse eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung beimessen. Somit repräsentieren auch diese Verbände eher den Rand des politischen Spektrums ihres Politikfeldes als dessen Mitte. Zusammenfassend kann man sagen, dass der überwiegende Teil der Interessenverbände Partikularinteressen von Wählern bzw. Gesellschaftsteilen vertreten, die am Rande ihres jeweiligen Politikspektrums liegen.

Aufgrund ihres eng begrenzten Interessenfeldes machen die meisten Interessenverbände ihre Entscheidung darüber, welche Partei sie im Wahlkampf unterstützen, an dem Vergleich der Parteipositionen auf den jeweils für sie zentralen Politikfeldern fest. Diejenige Partei, die den Verbandszielen eher dienlich ist, wird unterstützt. Das Ausmaß der Unterstützung hängt dabei wesentlich davon ab, wie deutlich sich die entsprechenden Positionen der Parteien im Wahlkampf unterscheiden. Je größer der Unterschied, desto mehr Unterstützung wird ein Verband der Partei mit der favorisierten Position zukommen lassen.

### **Unterstützung durch Verbände**

Damit hat jede Partei den Anreiz, dem Interessenverband programmatisch entgegenzukommen. Das gilt unabhängig davon, ob eine Partei von diesem Verband unterstützt wird oder nicht. Im ersteren Fall führen die Zugeständnisse zu einer erhöhten Unterstützung für den eigenen Wahlkampf, im anderen verringert sich die Wahlkampfunterstützung, welche die anderen Parteien erhalten. Die Wahlkampfunterstützung kann zum einen die Form von Wahlkampfspenden annehmen, mit deren Hilfe die Parteien eigene Wahlwerbung finanzieren können. Zum anderen wenden sich die Verbände auch in eigenen Kampagnen an die Wähler. Die Kampagnen wirken ähnlich wie die parteieigenen Kampagnen<sup>27</sup>.

Aufgrund der gestiegenen Größe der ideologisch nicht festgelegten politischen Mitte werden Wahlkampagnen für die Parteien immer wichtiger. Da die Eigenmittel der Parteien begrenzt sind, führt dies zu

einer wachsenden Notwendigkeit für Parteien, Unterstützung von Verbänden anzunehmen. Dies bedeutet zugleich, dass sie sich programmatisch stärker als bisher an den Forderungen der Interessenverbände ausrichten müssen. Der Einfluss der Interessenverbände steht also einer Bewegung der Parteien zu einer moderaten Position der Mitte des jeweiligen Interessenspektrums im Wege. Ähnlich wie bei den programmatischen Bewegungen zu Gunsten von „dominant-issue-voters“ zeigt sich ein Muster von programmatischen Parallelbewegungen hin zu den Rändern der von Interessenverbänden vertretenen Politikfeldern.

Besonders starke Begünstigungen sind dann zu beobachten, wenn ein Interessenverband eine Gruppe von „dominant-issue-voters“ vertritt. Dies gilt z.B. für den Bauernverband. Für viele seiner Mitglieder hängen die Zukunftsperspektiven primär von der Agrarpolitik ab. Daher ist davon auszugehen, dass viele Landwirte ihre Wahlentscheidung vorwiegend an den agrarpolitischen Programmpunkten der Parteien festmachen und damit eine Gruppe von „dominant-issue-voters“ bilden. Bis dato werden die Einkommenspositionen dieser Gruppe durch hohe Subventionen sowie protektionistische Maßnahmen, die in der Vergangenheit eingeführt wurden, deutlich verbessert. Heute stehen der kleinen Zahl von Begünstigten der agrarpolitischen Fördermaßnahmen, insgesamt weniger als 4% der Erwerbstätigen, Millionen von Verbrauchern und Steuerzahlern gegenüber, die von einem Abbau der Förderung durch ein breiteres Angebot an Agrarprodukten zu niedrigeren Preisen und zugleich durch eine sinkende Steuerlast profitieren würden. Das Wählerstimmenpotential der in der Landwirtschaft beschäftigten „dominant-issue-voters“ und das Unterstützungspotential des Bauernverbandes scheint aber dennoch zu bewirken, dass alle Parteien implizit das hohe Niveau der bisherigen Förderung auch in Zukunft anbieten und keine Partei offensiv den Abbau der Förderung vertritt.

### **Restriktionen für die Programmgestaltung der Parteien**

Schließlich gibt es auch Faktoren, die den Bewegungen der Parteien im politischen Spektrum Grenzen auferlegen. Grundsätzlich lassen sich zwei Arten von Grenzen unterscheiden. Die erste Art von Grenze liegt darin, dass die Stimmenzahl, die eine Partei durch Zugeständnisse prinzipiell erreichen kann, nach oben begrenzt ist. Das liegt zunächst an dem Wahlverhalten derjenigen informierten Wähler, die keine „dominant-

---

<sup>27</sup> Vgl. I. Bischoff, a.a.O., S. 138 ff., S. 156 ff.

---

<sup>28</sup> Vgl. I. Bischoff, a.a.O., S. 162 ff.

issue-voters“ sind, sondern eine größere Breite von Politikfeldern bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen. Sie reagieren weitaus weniger sensibel auf Veränderungen des politischen Angebots in einzelnen Politikbereichen. Zugleich reagieren sie aber negativ auf die Summe der Zugeständnisse insgesamt, denn sie befürchten, die Last aus den Zugeständnissen in Form höherer Steuern und Preise und/oder eines verschlechterten öffentlichen Leistungsangebots tragen zu müssen. Mit zunehmender Höhe der Zugeständnisse nehmen die Stimmenverluste der Parteien in dieser Gruppe informierter Wähler immer stärker zu<sup>28</sup>.

Außerdem droht einer Partei, die zu stark von ihren ideologischen Positionen abrückt, um bestimmten Wählergruppen oder Interessenverbänden Zugeständnisse zu machen, ein Glaubwürdigkeitsverlust. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust verringert die ideologische Bindung der Wähler an die betreffende Partei und macht es anderen Parteien leichter, diese Wählerstimmen zu gewinnen. Somit hat jeder Stimmengewinn durch Zugeständnisse seinen Preis in Form von Stimmenverlusten an anderer Stelle. Eine rationale Partei wird ihre Zugeständnisse nur so weit steigern, wie die Stimmengewinne aus den Zugeständnissen die gleichzeitig zu erwartenden Stimmenverluste übersteigen. Bei gegebenem Parteiprogramm der politischen Gegner wird sich jede Partei also nur in begrenztem Umfang auf „dominant-issue-voters“ und Interessenverbände zu bewegen.

Die zweite Art von Grenze für den Wettlauf der Zugeständnisse ist in den Parteien selbst zu suchen. Sie hängt mit der besonderen Bedeutung zusammen, die die Parteimitglieder den ideologisch bestimmten Grundpositionen beimessen. Empirische Untersuchungen haben überzeugend gezeigt, dass die meisten Politiker eine große Abneigung dagegen haben, von diesen Grundpositionen abzurücken<sup>29</sup>. Sie ziehen zwar einen hohen Nutzen aus der politischen Macht, die sie im Falle eines Wahlsiegs erreichen. Dieser Nutzen wird aber erheblich geschmälert, wenn sie diese Macht nicht nutzen können, um ihre eigenen Idealpositionen durchzusetzen, sondern gezwungen sind, eine im Wahlkampf versprochene, durch Zugeständnisse veränderte („verwässerte“) Politik zu machen.

Das Wissen um diese Nutzeneinbußen begrenzt die Bereitschaft, im Wahlkampf Zugeständnisse zu

machen. Diese Grenze greift insbesondere deswegen, weil nicht nur diejenigen Parteimitglieder über das Wahlprogramm entscheiden, die nach der Wahl auch die politischen Ämter bekleiden werden und damit besonders stark von einem Wahlsieg profitieren. Es entscheiden auch diejenigen mit, die vergleichbare Nutzenzuwächse im Falle eines Wahlsieges nicht erwarten können, weil sie nicht für politische Ämter vorgesehen sind, wohl aber die Nutzeneinbußen ertragen müssen, die aus den Abweichungen von den ideologisch bestimmten Idealpositionen erwachsen<sup>30</sup>. Sie werden einer Veränderung dieser Positionen zu Gunsten von „dominant-issue-voters“ und Interessenverbänden nur in gewissen Grenzen zustimmen. Damit sind den programmatischen Bewegungen der Parteien absolute Grenzen gesetzt.

### Fazit

Die politische Mitte beherbergt die seit 40 Jahren steigende Anzahl von Wählern, welche über keine starke Ideologie- und Parteibindung mehr verfügen. Erste Versuche, diese Wähler der Mitte genauer zu kennzeichnen, lassen erkennen, dass es sich um jüngere und flexiblere Wähler mit einem hohen Ausbildungsstand handelt. In das Blickfeld der deutschen Wahlkampfstrategen sind sie durch den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften in Mittel- und Osteuropa, vor allem aber durch den Wahlsieg der SPD im Jahr 1998 geraten. Im aktuellen Wahljahr bemühen sich insbesondere die beiden großen Volksparteien um diese (neue) Mitte. Was ist aber schlussendlich die Politik der Mitte?

Einfache Überlegungen anhand des Medianwählermodells legen die Schlussfolgerung nahe, dass die resultierende Politik der Mitte zu einer Annäherung der Parteien in ideologischer wie in programmatischer Hinsicht führt. Diese Annäherung kommt dadurch zustande, dass die Parteien ihre ursprünglich rechts bzw. links der Mitte befindlichen Idealpositionen verlassen und sich aufeinander zu und damit in Richtung der politischen Mitte bewegen. Die resultierende Politik folgt einem pragmatischen anstelle eines dogmatischen Politikansatzes und fußt somit auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens.

Betrachtet man das Verhalten der Parteien im Wahlkampf genauer, so kann man ein Aufeinanderzubewegen allein auf der ideologischen Skala beobachten. In den einzelnen Politikfeldern hingegen bewegen sich die Parteien programmatisch auf die besonders stimmträchtigen „dominant-issue-voters“ und Interessenverbände zu. Dadurch entsteht ein Muster von programmatischen Parallelbewegungen anstelle eines

<sup>28</sup> Vgl. u.a. J. P. Kalt, M. A. Zupan: Capture and Ideology in the Economic Theory of Politics, in: American Economic Review, 74 (1984), S. 279-300.

<sup>30</sup> Vgl. P. Bernholz, F. Breyer, a.a.O., S. 112 f., in Verbindung mit U. von Alemann: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, S. 127 ff.



Aufeinanderzubewegens. Da die Zielgruppen zumeist die Ränder und nicht die Mitte des politischen Teilspektrums repräsentieren, bedeuten diese Bewegungen zugleich eine Abkehr von mittleren und für sich genommen mehrheitsfähigen Positionen.

Im Ergebnis führt die Politik der Mitte also zu einer Umverteilung von Ressourcen zu Gunsten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die besonders sensibel auf diese Zugeständnisse reagieren. Belastet sind die weniger reagiblen Teile der Gesellschaft. Von einer Konsenslösung kann hier folglich nur insofern gesprochen werden, dass diese Bewegungen von den belasteten Teilen der Gesellschaft nicht zum Anlass zur Wahl einer anderen Partei genommen werden. Es handelt sich also um einen Konsens durch Duldung. Insgesamt verbirgt sich hinter der Politik der Mitte kein geschlossenes Konzept, das die aktive Zustimmung einer breiten Wählerschaft findet. Vielmehr kann es als buntes Potpourri von Begünstigungen zu Gunsten von „dominant-issue-voters“ und Interessenverbänden charakterisiert werden, die von der Masse der übrigen Gesellschaftsmitglieder duldsam getragen werden.

### **Schlussfolgerungen für die zu erwartende Wirtschaftspolitik**

Aufgrund der Unterschiede in ihrer ideologischen Ausrichtung werden die Parteien am Ende der programmatischen Bewegungen im Wahlkampf weder identische Wahlprogramme anbieten noch im Falle des Wahlsieges eine identische Politik verfolgen. Unterschiede bleiben sowohl in dem Ausmaß der Begünstigung verschiedener Gruppen als auch in der Wahl der politischen Instrumente. Wie genau die praktische Wirtschaftspolitik aussieht, hängt also vom Wahlausgang ab. Da der Wahlsieger auch in der nächsten Wahl wiedergewählt werden möchte, kann jedoch unabhängig vom Wahlausgang keine Politik erwartet werden, die einflussreiche Interessenverbände oder bedeutende Gruppen von „dominant-issue-voters“ vor den Kopf stößt.

Dies hat Konsequenzen für die staatliche Finanzpolitik. So kann als unwahrscheinlich gelten, dass es zu einer Neuordnung der Einnahmenseite durch eine radikale Vereinfachung der Einkommensbesteuerung kommt, wie sie von verschiedenen Wissenschaftlern gefordert wird. Eine einfache Lösung mit niedrigen Steuersätzen und einer verbreiterten Bemessungsgrundlage bedeutet nämlich, dass die Parteien auf den Einsatz von programmatischen Zugeständnissen verzichten müssen. Dadurch verlieren sie bei den vormals begünstigten Verbänden und „dominant-issue-voters“ weitaus mehr Unterstützung, als sie in

der breiten Masse der nun bessergestellten übrigen Steuerzahler dazugewinnen. Angesichts der Knappheit des zu erwartenden Wahlsiegs kann keine Partei diesen Nettoverlust an Unterstützung verkraften. Insofern wird die Regierung durch eine Einkommensteuerreform auch nur einer sehr begrenzten Anzahl von Interessenverbänden und „dominant-issue-voters“ Vergünstigungen entziehen können. Der Wahlausgang hat daher vorwiegend Einfluss darauf, welche Zugeständnisse gestrichen und welche möglicherweise noch ausgebaut werden.

Auch auf der Ausgabenseite des Staates gibt es eine Vielzahl von Positionen, die zumindest in Teilen Zugeständnisse an Interessenverbände und „dominant-issue-voters“ darstellen. Dazu zählen etwa die Subventionen im Kohlebergbau sowie im Agrarsektor. Durch den Abbau dieser Vergünstigungen kann eine Regierungspartei zwar einige Wählerstimmen bei der breiten Masse der Steuerzahler dazugewinnen. Aufgrund der Einbußen an Unterstützung von den vormals Begünstigten muss sie aber Nettostimmenverluste befürchten, die das Ziel der Wiederwahl gefährden. Daher ist ein Subventionsabbau, unabhängig vom Wahlausgang, nur sehr eingeschränkt zu erwarten. Insgesamt ist also der Spielraum für eine neue Regierung, durch finanzpolitische Maßnahmen neue Impulse in der Wirtschaftspolitik zu setzen, begrenzt.

Ähnlich wie bei den budgetären Instrumenten der Wirtschaftspolitik wird der Wahlsieger auch bei einer Neuausrichtung der außerbudgetären Instrumente auf Stimmengewinne und -verluste achten. Solches Verhalten steht vor allem einer wirkungsvollen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Wege, würde diese doch eine grundlegende Reform der Arbeitsmarktordnung sowie den Abbau zahlreicher Marktzutrittsbeschränkungen etwa in den Berufsordnungen verlangen. Zwar empfehlen die von verschiedener Seite eingesetzten Kommissionen, wie im aktuellen Fall die so genannte Hartz-Kommission, genau diese Schritte. Ihre Umsetzung würde eine Regierung aber die Unterstützung zahlreicher Gewerkschaften und Berufsverbände kosten. Da Arbeitslose nicht durch vergleichbar starke Verbände vertreten werden, stehen diesen Verlusten nur geringe Zugewinne an Unterstützung bei den Arbeitslosen gegenüber, die durch diese Reformen wieder einen Arbeitsplatz bekommen können. Um das Ziel der Wiederwahl nicht zu gefährden, wird die zukünftige Regierung also nur einen Teil der Reformvorschläge umsetzen. Damit wird auch die Senkung der Arbeitslosenzahlen, wenn sie überhaupt gelingt, unabhängig vom Wahlausgang geringer ausfallen als möglich.